

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

10.5.1924 (No. 110)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. n. d.
Karlsruhe

Abdruckpreis: In Karlsruhe und umwärts frei im Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Karten frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abdruck und Kontraktverträge füllt der Abnehmer fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

Schaffung einer chinesischen Nordflotte

Aus Tsingtau wird uns geschrieben:
Schon lange besteht bei der chinesischen Regierung der Plan, einen Flottenstützpunkt im Norden Chinas einzurichten. In den ersten Tagen des Januar ds. Js. liefen chinesische Kriegsschiffe aus dem Süden kommend in Tsingtau ein. Wu-Pei-fu der allgemein und nicht mit Unrecht als der Vater des ganzen Projektes bezeichnet wird, hatte somit den ersten Teil seines Marineprogramms erledigt.

Es war gegen Ende des vorigen Jahres Wu-Pei-fus Agenten gelangen, eine Anzahl von chinesischen Kriegsschiffen, die bisher zum Süden gehalten hatten und in Swatow lagen, zum Norden herüberzuführen, angeblich erst nach Verheißung einer großen Summe und mit Inanspruchnahme hohen Soldes. Wu-Pei-fus Plan war dabei, die Schiffe bei einem etwaigen Kampf mit Chang Tso-lin zu verwenden und überhaupt die Grundlage zu legen für eine chinesische Nordflotte, mit Flottenbasis im Golf von Tschifu. Zustatten kam Wu-Pei-fu bei der ganzen Sache, daß die Besatzung der in Frage kommenden Schiffe aus Tschangoufu in Schantung stammt, daß die Leute keine Lust hatten im Süden zu kämpfen und schließlich auch ihre Heimat einmal wiedersehen wollten.

Unter dem Befehl des Admiral Wen-shu-te sind Anfang Januar folgende Schiffe in Tsingtau eingetroffen: Saitai, geschützter Kreuzer von 4300 T., 1897 von Armstrong gebaut, Saitchen, geschützter kleiner Kreuzer von 2500 T., 1898 auf der Vulkanwerft gebaut, Junchiang, Kanonenboot von 780 T., 1913 auf der Kawasaki-Werft gebaut, Lungang und Jichang, beides Zerstörer von 390 T., 1913 bei Schichau gebaut, Cugui, Stahlkanonenboot von 740 T., 1907 in Japan gebaut, Chacho, Schulschiffkreuzer von 2000 T., 1913 bei Armstrong gebaut.

Die Flotte hatte bei sich 3 Bataillone Seefoldaten und 2 Kompanien Feldartillerie mit 12 Geschützen; die Seefoldaten sind gelandet und einquartiert worden. Gleich nach dem Eintreffen in Tsingtau ist mit der Anwerbung von 3 weiteren Bataillonen Seefoldaten begonnen worden.

Ob sich Wu-Pei-fu von Anfang an über den tatsächlichen Geschichtswert dieser Flotte klar geworden, mag dahinstehen. In Tsingtau wurde jedenfalls der Zustand der Schiffe vor aller Augen offensichtlich; sie sind seit einer längeren Anzahl von Jahren nicht im Dock gewesen und müssen auch sonst in jeder Weise, namentlich mit Munition, neu ausgerüstet werden. Der Betrag für das unter allen Umständen notwendige Überholen der Schiffe wird mit 400 000 Dollar angegeben. Der Unterhalt der Flotte kostet monatlich mindestens 100 000 Dollar, es wären also erst einmal 400 000 Dollar und dann rund 1 000 000 Dollar jährlich für die Flotte aufzubringen. Die Aufbringung der Unterhaltungskosten mit 100 bis 150 000 Dollar monatlich hatte sich Wu-Pei-fu ursprünglich so gedacht, daß die chinesische Handelskammer in Tsingtau ein Drittel, die Zollverwaltung ein Drittel und die Tsingtau-Verwaltung ein Drittel davon monatlich aufbringen sollte.

Die Versuche zur Beschaffung der Gelder haben aber bisher wenig Erfolg gehabt, wohl aber Verdruß und allerlei Konflikte hervorgerufen. U. a. kamen die zur Bezahlung der in Tsingtau aufgelaufenen Rechnungen und der Löhne der Mannschaften notwendigen Gelder so langsam und spärlich herein, daß es auf den Schiffen kurz vor chinesisch Neujahr zu Vorfällen kam, die von Meuterei kaum noch zu unterscheiden waren. In dieser Notlage ist dann der Gouverneur der Provinz und Direktor der Tsingtau-Verwaltung, Hsiungping-shi, eingeschritten und hat einige größere Beträge flüssig gemacht, mit Hilfe deren die Mannschaften beruhigt werden konnten.

Aber das endgültige Schicksal der Flotte und ihre zukünftige Basis ist noch nichts bestimmt worden. Die Sache ist inzwischen nach Chefoo gegangen und ihre Mannschaften haben sich der dortigen Marinebaraden bemächtigt, was zu einem Streit zwischen Admiral Wen und Admiral Lu geführt hat, wie denn überhaupt die Beziehungen zwischen diesen beiden Admiralen und ihr Rangverhältnis zueinander noch nicht klar geregelt sind. Da die Kriegsschiffe, wie oben ausgeführt, vor allen Dingen erst einmal ins Dock müssen, so wird erwogen, sie zunächst nach Japan in das Mitsubishi Dock in Nagasaki zu senden.

Zum Sachverständigen Gutachten

Die Zusammenkunft Macdonald-Poincaré wird, wie jetzt gemeldet wird, in Guequers am 20. Mai stattfinden.

Wie das „Echo de Paris“ schreibt, scheint der englische Premierminister zuerst daran gedacht zu haben, einen persönlichen Brief an Poincaré zu richten, aber eine Persönlichkeit, die dieser Tage in London gewesen sei, habe ihm den Rat gegeben, um eine direkte Unterredung nachzugehen, und habe ihm auch die Hoffnung gelassen, daß ein derartiger Vorschlag angenommen würde. Poincaré habe in seinem Brief an die Reparationskommission erklärt, er sei gegen einen sofortigen Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen, bevor nicht den Sachverständigenplan durch die Reparationskommission ausgearbeitet worden sei. Die Reise der belgischen Minister nach England habe diesen Vorbehalt hinfällig gemacht. Nach dem „Matin“ wird Poincaré bei der Besprechung mit Macdonald nur von dem Dolmetscher Camerlind begleitet sein. Man brauche kaum auf den Gegenstand der Unterredung hinzuweisen. Selbstverständlich würden die beiden Staatsmänner in dem Gefühl, daß ein interalliiertes Beistimmen über die durch den Sachverständigenplan aufgeworfenen politischen Fragen unerlässlich sei, ihre Ansichten lokal und freundschaftlich austauschen und versuchen, sie einander näher zu bringen. Inzwischen würden am 18. Mai die belgischen Minister in Mailand mit Macdonald zusammenkommen und gegen das Ende des Monats werde der Boden für eine positive Beratung bereit sein.

Vollstreckung über die Sachverständigenvorschläge?

Nach einer Mitteilung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschlossen, wegen der Annahme oder Ablehnung der Sachverständigenvorschläge den Vollstreckung zu beantragen. In dieser Form ist die Meldung einmütigen und verständlich, da es nach der Verfassung keine rechtliche Möglichkeit gibt, eine Vollstreckung über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Sachverständigen Gutachtens herbeizuführen. Bei jeder Vollstreckung, die die Reichsverfassung vorseht, muß über einen ausgebreiteten Gesetzesentwurf entschieden werden. Es könnte also nur ein Vollstreckung über die zur Ausführung des Sachverständigen Gutachtens notwendigen Gesetzesvorlagen in Betracht kommen. Möglicherweise ist durch den Beschluß die Herbeiführung einer Vollstreckung in Aussicht genommen für den Fall, daß der neue Reichstag die erwähnten Ausführungsgesetze (also vor allem das Eisenbahngesetz, das neue Bankgesetz und das Gesetz über die Verfassung der Industrie) abgelehnt oder durch Erweiterung der Zweidrittelmehrheit, die für das Eisenbahngesetz nötig sein wird, scheitern lassen sollte.

Die 800 Millionen-Anleihe

Nach dem New York „Gerald“ verlautet, daß die in dem Sachverständigenbericht vorgesehene Anleihe von 800 Millionen Goldmark gegen den 1. Juni aufgelegt werden könne, aber dieser Zeitpunkt scheint etwas verfrüht und Optimisten nehmen an, daß die Anleihe in den Vereinigten Staaten und in Europa kurz nach dem 15. Juni aufgelegt werde.

Neuer Rückgang des französischen Franken

Der französische Frank ist seit einigen Tagen wieder in einer ruckartigen Bewegung. Am Freitag notierte in Paris bei Börsenschluß das englische Pfund über 74 Franken und der Dollar mit 16,85 Franken.

Der „Frankf. Zeitung“ zufolge führt man in Berlin die neue Waise des Franken im wesentlichen auf zwei Motive zurück. Neben der Erwägung, daß französischerseits im Interesse der Wirtschaft einer Erhöhung der Devisenkurse nicht entgegengetreten werde, wurde darauf verwiesen, daß entweder von amerikanischer oder englischer Seite, wo sich in den letzten Monaten große Frankbestände gehäuft haben, ein Druck auf die Devisen Paris ausgehen könne. Ob dabei politische Momente mitwirken, läßt sich nicht ergründen werden. Ganz abgesehen von der Marktauffassung die Behauptung französischer Blätter, daß von Seiten der deutschen oder österreichischen Waisepositionen aus dem Februar jetzt spekulativ zum Zwecke der Erleichterung der Waidedungen eine „neue Frankentossenschiebe“ eröffnet werde. Durch die Ereignisse der letzten Zeit sei allenthalben in Deutschland die Kapitalkraft derartig geschwächt, daß wohl ernsthaft nirgends an eine dauerhafte Operation dieser Art gedacht werden könne. Einschichtige Kreise warnen auf das dringendste vor einer Wiederholung der gemeinschädlichen Vorgänge vom Februar und März. Seriose Kreise enthalten sich auch einer Beteiligung an einer so ungehörigen Waisenspekulation.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ meldet, die deutschen Nationalisten wollten mit ihren neuen Mandatären einen Druck auf den französischen Wähler ausüben. Der „Matin“ spricht offen von einem Wörtenmandat, das von den Wählern ausgehe, die von Berlin beeinflusst würden. Aber in Paris habe sich niemand über die deutsche Offensive beunruhigt. Der Finanzminister habe die nötigen Maßnahmen getroffen. Er bestimme in der Bank von Frankreich ein Mittel, den Franken wieder zum Steigen zu bringen. Alles deutet darauf hin, daß die Waisiers durch neue schwere Verluste ihre Angriffe gegen den Franken bezahlen würden. Auch der Kriegsminister (!) mischt sich in die Sache ein und erklärt dem „Echo de Paris“, es handle sich um ein deutsches Mandat zur Beeinflussung der französischen Wähler. (!)

Das Ergebnis der Reichstagswahl

Nach den neuesten amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses, die zum Teil bereits auf den von den Wahlkreisausschüssen anerkannten Berechnungen beruhen, sind abgegeben worden insgesamt 29 311 442 gültige Stimmen.

Davon entfallen auf die

R. S. P. D.	5 991 547
Deutschnationale	5 764 628
Zentrum	3 901 087
Deutsche Volkspartei	2 646 747
Demokraten	1 661 425
Kommunisten	3 728 089
Bayerische Volkspartei	941 982
Bayerischer Bauernbund	685 273
Sannoberaner	318 506
Deutschnationale Freiheitspartei	1 922 626
Landliste	568 780
Deutschnationale	338 348
U. S. P.	234 708
Bund der Gewerks	58 890
Christlich-Soziale Volksgemeinschaft	124 636
Arbeitnehmer	36 199
Freier Wirtschaftsbund	36 024
Bäuerbund	23 862
Nationale Freiheitspartei	59 114
Nationale Winderheiten	133 540
Partei der Wiener	46 991
Republikanische Partei	45 867
Sozialistischer Bund	25 617
nicht an Reichslisten angeschlossene Gruppen	16 967

Die Verteilung der Mandate

nach Kreislisten, Landeslisten und Reichswahlvorschlägen ist folgende:

R. S. P. D. 82 und 11 und 7 gleich 100,
Deutschnationale 80 und 3 und 13 gleich 96,
Zentrum 51 und 6 und 8 gleich 65,
Deutsche Volkspartei 30 und 8 und 6 gleich 44,
Demokraten 9 und 12 und 7 gleich 28,
Kommunisten 42 und 11 und 9 gleich 62,
Bayerische Volkspartei 14 und 0 und 2 gleich 16,
Bayerischer Bauernbund 3 und 2 und 5 gleich 10,
Sannoberaner 4 und 0 und 1 gleich 5,
Deutschnationale Freiheitspartei 13 u. 9 und 10 gleich 32,
Landliste 7 und 1 und 1 gleich 9,
Deutschnationale 0 und 2 und 2 gleich 4.

Gesamtzahl der Mandate 336 und 64 und 41 gleich 471.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gesamtzahl der Abgeordneten sich noch geringe Erhöhungen erfährt und zwar nicht auf die Feststellungen des amtlichen Ergebnisses, sondern bei der späteren Durchprüfung der Abstimmungsbeschlüsse. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Zahl der ungültigen Stimmen gegenüber früheren Wahlen stark gestiegen ist. Während in 1920 die Höchstzahl der ungültigen Stimmen in einem Wahlkreis 12 000 betrug, waren diesmal im Wahlkreis Merseburg 14 361, in Düsseldorf-Ost 24 904, Westfalen-Süd 34 484 ungültige Stimmen. Es ist möglich, daß ein Teil dieser Stimmen nachträglich als gültig erklärt werden wird, so daß der einen oder der anderen Partei noch ein Mandat zufallen könnte.

Eine Rundgebung des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Marx gab dem Berliner Korrespondenten der „Tribuna“ folgende Erklärung über die deutsche Reparationspolitik ab.

Nach reiflicher Überlegung hat die deutsche Regierung beschlossen, den von den Sachverständigen zur Lösung der Reparationsfrage vorgeschlagenen Weg einzuschlagen. Ich bin überzeugt, daß auch die Mehrheit des deutschen Volkes die Haltung der Regierung billigt. Doch fragen wir uns, ob dieser Weg uns die Freiheit bringen wird. Ich habe wiederholt betont und betone es jetzt, daß der Zweck unserer Erfüllungspolitik die Freiheit Deutschlands ist. Um frei zu werden, haben wir finanzielle und materielle Opfer aller Art übernommen und die Last des Widerstandes an Ruhr und Rhein getragen. Um den Sachverständigenberichten nachzukommen, muß die fiskalische und wirtschaftliche Souveränität Deutschlands in den besetzten Gebieten wiederhergestellt werden. Nur unter dieser Voraussetzung hat die deutsche Regierung den Sachverständigenberichten grundsätzlich zugestimmt. Trotz des ersten Zweifels, daß die Sachverständigen unsere Zahlung überschätzt haben, indem sie von günstigeren politischen Voraussetzungen ausgingen, knüpfen wir an die Sachverständigenberichte die Hoffnung, daß sie durch Arbeit und Opfer dazu helfen werden, daß Deutschland seine Freiheit wieder erlangt. Wir erwarten ebenso bestimmt, daß die große Zahl unserer Staatsangehörigen, die in französischen und belgischen Kerker schmachten oder als Ausgewiesene gezwungen sind, fern von ihrer Heimat zu leben, endlich die Freiheit zurückerlangen und zu ihren Familien zurückkehren können.

Aber den Vertrag von Versailles erklärt Reichskanzler Dr. Marx: Die Rechtsgrundlage des Versailler Vertrages muß erneuert werden, namentlich muß anerkannt werden, daß Deutschland mit dem Versailler Vertrag nicht nur Pflichten übernommen, sondern auch Rechte erlangt hat, die ihm nicht bestritten oder geschmälert werden dürfen. Gestützt auf die Sachverständigenberichte muß eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden. Die nach unserer Ansicht ungerichteten sogenannten Sanktionen müssen aufhören. Nur auf der rechtlichen Grundlage des Versailler Vertrages und nur

auf der des Rheinlandsabkommens kann man verlangen, daß das deutsche Volk die schweren Lasten der Reparationen trägt. Alles, was Deutschland ungerecht belastet, muß befreit werden.

Der Arbeitskonflikt im Ruhrgebiet

Nach keine Beilegung in Aussicht

Im Ruhrgebiet haben Verhandlungen begonnen, die jedoch lediglich eine Vorbereitung für den Rahmentarif darstellen und schließlich bis Montag vertagt worden.

Verschiedentlich ist eine Verschärfung der Lage eingetreten. Zu den Zeichen gehende Beamte und Angestellte, die die Notstandsarbeiten verrichten, wurden vielfach belästigt, mißhandelt und mit Steinen beworfen. In vereinzelten Fällen gelang es, sie von der Arbeit fernzubehalten, indem die Bergleute die Zecheneingänge belagerten und jeden Eintritt unmöglich machten. In einem Falle, in dem die Angestellten Ammoniak für die Landwirtschaft zur Verladung brachten, mußte die Arbeit auf Drängen der erscheinenden Bergleute eingestellt werden. Insgesamt dürften am Freitag, dem dritten Streiktag, etwa 420 000 Bergleute ohne Arbeit gewesen sein. Die Anmeldungen Arbeitswilliger, die bereit sind, in die verlängerte Arbeitszeit einzutreten, sind denkbar gering. Das mag daran liegen, weil die Wege zu den Zechen von Streikposten besetzt sind und die arbeitswilligen Bergleute sich nicht getrauen, diese Sperre zu durchbrechen. — Die Einwirkungen des Streikes machen sich schon bemerkbar. Krupp in Essen kündigt vom 11. Mai ab Feierschichten in vermehrtem Umfange an. Auch einige Kleinwerkzeuge haben durch Anschlag bereits mitgeteilt, daß von nächster Woche ab wegen Kohlenmangels erhebliche Feierschichten eingelegt werden.

Die vier Bergarbeiterverbände veröffentlichen eine Erklärung, in der der Auffassung entgegengetreten wird, daß der gegenwärtige Konflikt im Ruhrgebiet politischen Motiven entspreche und die Bewegung der Ruhrbergarbeiter unter dem Einfluß der Kommunisten und Unionisten stehe. Der kommunistische Generalstreikparole seien 1,5 Prozent der Belegschaften gefolgt. In dem Aufruf der vier an den Tarifverträgen beteiligten Bergarbeiterverbände sei wiederholt dargelegt worden, daß die Differenzen rein wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Art sind.

Andererseits wird gemeldet, daß die Kommunisten und auch die jetzt im Ruhrgebiet sehr tätigen Separatisten an Einfluß bei den ausgesperrten bzw. streikenden Bergarbeitern gewinnen. Die Zahl der Hüftenwerke, die infolge Kohlenmangels zur Stilllegung der Betriebe gezwungen sind, hat sich weiter erhöht. Auch mußte die Gasversorgung mehrerer Städte, darunter Essen, eingestellt werden.

Wie sehr die Bewegung im Ruhrgebiet von kommunistischer Seite ausgenutzt wird, zeigt ein Artikel in der Berliner „Morgenpost“ mit der Überschrift „Der neue Ruhrstreik — die neue Welle“.

„Die Kämpfe der Ruhrbergarbeiter sind der entscheidende Schlag gegen den neuen Versöhnungsgeist, den die Bourgeoisie Frankreichs, Englands, Amerikas und Deutschlands schliessen will. Nicht nur die Bergarbeiter müssen an die Front. Die Metallarbeiter, die Eisenbahner, diese drei wichtigsten Schichten der Arbeiterschaft müssen, wollen sie das herausheulen was die Situation bietet, sofort eingreifen. Der neue Reichstag soll ein artiges Geschenk bekommen, das muß der Gedanke der Millionen von Proletariern sein, denen der Reichstag der deutschen sozialdemokratischen Koalition, der Reichstag der neuen Erfüllungspolitik Lasten aufzulegen will, an denen sie zusammenbrechen müssen, wenn sie sie auf sich nehmen. Die kommunistische Partei hat die Bergarbeiterkonferenz in Bochum beeinflusst, die unter der größten Kampfbegiertheit den Generalstreik beschloß. Die kommunistische Partei ruft die Arbeiter zum Kampf auf.“

Die Arbeiterschaft politisch zu organisieren und sie in die Hand zur Erreichung der kommunistischen Ziele zu bekommen, das ist also der Zweck, den die Kommunisten der gegenwärtigen Bewegung gesetzt haben und den sie erreichen wollen.

Die Wölfschen im bairischen Landtag. Der Wölfsche Bloß veröffentlichen, wie aus München gemeldet wird, gegenüber den Gerüchten, daß die Fraktion des Bloßes nach der Wahl nicht mehr bestehen bleiben werde, eine Erklärung, wonach es der Wille der wölfschen Führer ist, daß der Wölfsche Bloß im Landtag arbeite. Seine Arbeiten sollen sich auch nicht in leeren Negotiationen verlieren, sondern der Bloß werde den Landtag vor positive Anträge stellen.

Karlsruher Konzerte

Das zehnte und letzte der diesjährigen Sinfoniekonzerte des badischen Landesopertheaters hätte wohl den gleichen Reizbesuch aufzuweisen, auch wenn es nicht in Gemeinschaft mit der Theater- und Konzertgemeinde des Bühnenvolksbundes veranstaltet worden wäre. Denn eine seltene Attraktion war in der Persönlichkeit des Gastdirigenten gegeben, von dessen vollendetem Stabführung, wie sie eben nur wenig Auserwählten vergönnt ist, man sogar in Karlsruhe dann und wann gehört oder gelesen hatte. Otto Klemperer ist als Generalmusikdirektor des Opernhouses der Stadt Köln, trotzdem diese in Hermann Abendroth noch einen anderen, ausgezeichneten Konzertdirigenten besitzt, zu so großem Namen gekommen, daß die „Große Volksoper Berlin“ sich heiß um ihn bemüht, aber anscheinend nicht allzu große Gegenliebe findet. Soweit ich aus kritischen Berichten über die bisherige Tätigkeit des eben erwähnten Berliner Instituts erfahren kann, scheint auch dessen Aktionsradius — echte und rechte Spiegelung einer unklaren Zeit — fernab von den Absichten gerade dieses Dirigenten zu liegen, der als vornehmer Wesensausdecker jeglichen eingesalbten Kompromiß verachtet und sicherlich dem dort seiner herrlichen Massenbetrieb und dem sehr aufreibenden Tagewerk ein Arbeitsfeld vorzieht, wo er positiv seine kulturumspannende, ideenreichere Persönlichkeit zum Ausdruck bringen kann.

Otto Klemperer hatte zwei Sinfonien von Mozart und Beethoven auf das Programm gesetzt. Ein vermögender Mozartkenner könnte sich vielleicht die Wiedergabe der Jupiter-Sinfonie noch etwas hellmischer und spielfreudiger vorstellen, auch bei Beethovens in feuriger Stunde geborener Siebente schien in mancher Beziehung die Persönlichkeit verschoben und namentlich einige pathetische Züge (Allegretto!) so absichtlich unterstrichen, daß anderes wieder in gar zu greller Beleuchtung hervortrat. Doch darf man in solch ungewöhnlichem Fall nicht nur nach schablonenhaftem Maßstab urteilen, sondern muß anerkennen, daß auch diese Lösung eines klugen Kaptes sich ästhetisch und ernsthaft rechtfertigen läßt. Wertvoller sind im Augenblick aber einige andere Feststellungen. Klemperers dirigiertechische Gewandtheit ist von seltener Sicherheit. Schon die Aufstellung des Orchesters hatte er einer dem Klangstil der Werke entsprechenden An-

Politische Neuigkeiten

Die Vorabstimmung in Hannover

Am 18. Mai findet in der Provinz Hannover eine Vorabstimmung über die Frage statt, ob die Provinz sich von Preußen lösen und innerhalb des Reichsverbandes ein eigenes Land Niedersachsen bilden soll. Bei dieser Vorabstimmung muß ein Drittel der Stimmberechtigten die Lösungsforderung bejahen, wenn zur eigentlichen Abstimmung geschritten werden darf. Für diese Hauptabstimmung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber ist die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Es ist unwahrscheinlich, daß die Vorabstimmung im Sinne der Forderungen erfolgreich verläuft und es ist ausgeschlossen, daß bei der Hauptabstimmung eine Mehrheit zustande kommt. Die Trägerin des Abstimmungsplanes ist die Deutschhannoversche Partei, die bei den Reichstagswahlen fünf Sitze erhalten hat.

Die Zahl der Erwerbslosen

Von amtlicher Stelle werden etwa alle 14 Tage Angaben über den Umfang der Erwerbslosigkeit veröffentlicht, aus denen in den letzten Wochen erfreulicherweise ein Rückgang zu erkennen war. Man darf jedoch, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, nicht übersehen, daß die Erwerbslosenziffern nur diejenigen erfassen, die auf den Arbeitsämtern Unterstützungsgelder empfangen, alle übrigen Erwerbslosen werden hier nicht mitgezählt. Seit dem 25. März sind nun die neuen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge in Kraft getreten, wonach die Unterstützungsbemittelungen in den letzten 12 Monaten mindestens 3 Monate pflichtversichert gewesen sein müssen. Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt in der Regel 26 Wochen. Es werden also eine Reihe von Personen, die die Unterstützungsdauer hinter sich haben oder den Punkt der Pflichtversicherung nicht erfüllen, „ausgesteuert“, wie der amtliche Ausdruck lautet. Sie werden in den Zahlenangaben über die Erwerbslosigkeit nicht mehr mitgezählt, sind auch der Kontrolle rasch entschunden und bleiben trotzdem erwerbslos. Die Ziffern für den 15. April (letzte amtliche Mitteilung) nennen für das unbesetzte Deutschland 476 000 unterstützte Erwerbslose. Mit den nicht unterstützten dürften es noch 550 000 sein. Dazu kommen noch etwa 700 000 Arbeitslose des besetzten Gebietes, eine Zahl, die natürlich nur sehr unsicher geschätzt werden kann, da bei der Behinderung der Verwaltung keine abschließenden Ziffern zu erhalten sind; die Besserung des Arbeitsmarktes hat jedenfalls hier mit der Entwicklung in unbesetztem Deutschland nicht entfernt Schritt gehalten. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland dürfte heute noch über 1 1/2 Millionen liegen.

Der deutsch-russische Konflikt

dürfte, wie die „Frankfurter Zeitung“ jetzt meldet, wohl in absehbarer Zeit beigelegt werden können. Es hat jetzt ein diplomatischer Gedankenaustausch sowohl in Berlin, wie in Moskau begonnen, in dem versucht wird, einen Weg zu finden, um den Konflikt möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Die bei der Durchscheidung der Berliner russischen Handelsvertretung am 3. Mai verhafteten Personen sind nunmehr freigelassen worden, da weder Fluchüberdacht noch Verdunkelungsgefahr besteht.

Die französischen Kammerwahlen

Nach der von „L'Avant“ veröffentlichten Zusammenstellung über die am morgigen Sonntag stattfindende Kammerwahl in Frankreich bewerben sich um die 584 Sitze 2491 Kandidaten aus 452 Listen. Von den Deputierten der ehemaligen Kammer bewerben sich wieder um Sitze 18 Konserbativbe, 105 Republikaner (Bezeichnung für die Agrargruppe), 116 Linksrepublikaner (Partei Poincaré), 89 Radikale (Radikale), 46 Radikale und sozialistische Radikale, 36 sozialistische Republikaner (Partei Charles-Painlevé-Brand), 50 Sozialisten und 11 Kommunisten.

Coolidge für Aufrechterhaltung der Rüstungen

In einem Schreiben, das auf dem Jahresdiner der Liga für nationale Sicherheit verlesen wurde, erklärte, wie aus New York gemeldet wird, der Präsident Coolidge, daß das schwächliche Vertrauen auf die Rechtsidee in der Welt wenig Wert habe. Im Interesse des Friedens und der Durchführung seiner Ideale müsse das amerikanische Volk deshalb seine nationale Verteidigung aufrechterhalten. Unter den Rednern des Tages waren der Marinesekretär Wilbur und sein Stellvertreter Roosevelt, die beide die kürzlich aufgestellte Behauptung dementierten, daß sich die Flotte in schlechtem Zustande befinde. Wilbur erklärte weiter, daß man mit dem Lenkflugschiff Z. A. 3, sobald es von Deutschland ausgeliefert werde, Versuche machen werde, ob die Lenkflugschiffe für Zwecke des Handels verwendbar seien.

Wie der Marinesekretär Wilbur in New York in einer Rede mitteilte, wird das lenkbare Luftschiff Z. A. 3, das gegenwärtig in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut wird, nach seinem Eintreffen in diesem Herbst von der Marine zu Versuchen verwendet werden, zu erreichen, daß die Post zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in zwei Tagen oder weniger befördert werden könne.

England und die Besatzungsstrafen

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, daß englische Sachverständige vor Kurzem über die Aufhebung der Artikel des Versailler Vertrages beraten hätten, nach denen im Jahre 1925 der Kölner Brückenstopp von den Besatzungsstrafen geräumt werden müsse. Die Sachverständigen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Besatzungsstrafe automatisch vom dem Inkrafttreten des Friedensvertrages an laufe.

Diese Auffassung steht im Gegensatz zu Poincarés Haltung. Man habe weiter festgestellt, daß nach Art. 430 des Versailler Vertrages, die besetzten Gebiete nach Ablauf der Besatzungsfrist von neuem besetzt werden könnten, aber nur, falls die Reparationskommission feststelle, daß Deutschland nicht seinen Pflichten entsprochen habe. Hieraus zieht man den Schluß, daß, wenn die englische Besatzungsarmee nach Ablauf von fünf Jahren, also im Januar 1925, zurückgezogen werden würde, der Kölner Brückenstopp nur auf Grund einer neuen Entscheidung der Reparationskommission von einer anderen alliierten Kommission besetzt werden könne. Ferner habe man gefunden, daß die Räumungsbestimmungen des Artikels 429, auf Grund dessen das besetzte Gebiet nach 5, 10 und 15 Jahren zu räumen sei, nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ seien. Im Artikel 429 stünde: „Werden die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland pünktlich erfüllt, so wird die Besetzung nach und nach wie folgt eingeschränkt.“

Diese letzte Beratung der englischen Sachverständigen verfolgt den Zweck, neue Mißlichkeiten, die zwischen Frankreich und England auf Grund der Räumung des Kölner Brückenstopfes entstehen könnten, vorzubeugen zu vermeiden.

Dreißig Jahre Zeitungserlegerverein

Am 7. Mai 1894, also vor nunmehr 30 Jahren, ist der Verein deutscher Zeitungserleger ins Leben getreten.

Im Frühjahr 1894 erließen auf Anregung des späteren ersten Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden des Vereins deutscher Zeitungserleger, Dr. Georg Hirsh, die Zeitungserleger Anort und Hirsh (Münchener Neueste Nachrichten), A. u. H. Haber (Magdeburger Zeitung), J. H. Bahem (Köln. Volkszeitung) und Gebüder Jänede (Hannoverscher Kurier) ein Einladungsschreiben zur Gründerversammlung, die in Leipzig stattfand. Direktor Aug. Delferich hatte an den vorbereitenden Arbeiten lebhaften Anteil genommen. Hauptzweck ihm, der eine Reihe von Zeitungserlegern persönlich aufgesucht hatte, war es zu veranlassen, daß bei der eigentlichen Gründerversammlung sich bereits die Verleger von 16 Zeitungen zusammensanden und den Verein deutscher Zeitungserleger als freien Verein zur Wahrung der beruflichen Interessen der Verleger ins Leben riefen. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Georg Hirsh, zum stellvertretenden Dr. J. Neuen-Dumont, zum Schriftführer Dr. Max Jänede und zum Kassensführer Dr. Dampel gewählt. Als Sitz des Vereins wurde zunächst Berlin bestimmt, wo auch die erste ordentliche Generalversammlung am 4. und 5. März 1895 stattfand. Das Amt des Vorsitzenden ging im November 1895 an Alexander Haber, den Verleger der Magdeburger Zeitung, über. Unter seiner Vorsitzerschaft nahm die Entwicklung des Vereins einen schnellen und ansehnlichen Aufschwung. Der Kreis der 16 Gründerversammlungen erweiterte sich in den ersten Jahren auf fünfzig, um bei der Jahrhundertwende das erste Hundert zu erreichen. 1910 hatte der Verein bereits 616, 1915 861 Mitglieder, und zurzeit beläuft sich, da der Verein inzwischen seine Unterorganisationen, die Kreisvereine, ausgebaut hatte, die Gesamtmitgliedschaft auf annähernd 2000 deutsche politische Zeitungen. Der Verein umfaßt damit die ganze so reich gegliederte deutsche Presse in allen ihren typischen Erscheinungen: Weltblatt, Großstadtzeitung, Heimatblatt, Amtsblatt, und kann sich somit mit Recht als der berufsmäßigste deutsche Vertreter der Berufs- und Standesinteressen der deutschen Presse betrachten.

Der „Zeitungserleger“, das Organ des Vereins, widmet dem Gedenktage einen Festartikel, in dem er vor allem betont, daß schon in der Gründerversammlung auch die ideellen Aufgaben des Vereins umrissen wurden: Verleger sein heißt Verantwortung tragen und sich dieser Verantwortung im Dienste für die Allgemeinheit bewußt sein. Dieser Geist ist es, der den Verein deutscher Zeitungserleger und seine Führer geleitet und dessen Tradition im Grunde die Triebfeder all seiner Erfolge gewesen. Welch segensreiche Tätigkeit der Verein in den schweren Zeiten des Krieges entfaltet, nicht

der im Oratorienfach längst erprobte Bassist Otto Weßbecker, ohne allerdings das Letzte der Partie zu geben, die durchaus nach einem Stimmstößus verlangt. Gute ergiebige Arbeit hatte der Dirigent Theodor Münz dem umfangreichen Chor und stark besetzten Orchester gewidmet, so daß die durch herzlichen Beifall und Blumenpenden dankbar zum Ausdruck gebrachte Anerkennung wohl verdient schien.

Die Mozartmorgenfeier im Landesopertheater hatte eine bei trübselige Jubelstimmung angelehrt. Der Grund lag vorwiegend in der Mitwirkung eines auswärtigen Solisten: Hermann Diener (Heidelberg) spielte das A-Dur-Violinkonzert. Er ist in erster Linie Spezialist der Kantilene und erfüllt in solchen Partien mit ungewöhnlichem Instinkt alle musikalischen Bedingungen der Darbietung. Noch hat die Natur ihm vorläufig Grenzen gesetzt in der Bewältigung schwieriger Passagenketten; doch steht außer Zweifel, daß der hochbegabte Geiger auch darin höchste technische Klarheit erreichen wird. Seine auf starkem Musikempfinden aufgebaute Leistung fand lebhaftesten Beifall, der auch der Wiedergabe der zwei Sinfonien unter Fritz Cortezis' umfichtiger Stabführung zuteil wurde.

Ihren zweiten Sinfonien-Abend absolvierten Hermann Foh (Violine) und Dr. Rudolf Bellardi (Klavier) wiederum in dem für solche intimere Kunst sehr geeigneten Prinz-Balaisaal. Die musikalische Geste der beiden Sinfonien von Beethoven und Brahms wurde recht sorgfältig modelliert, das Zusammenspiel der beiden denkenden Musiker hat Kraft und Herz, und da mangelt freilich noch Eindringlichkeit und Größe. Auch in dem Rondo brillant von Schubert, war das Problem, aus kraftvollem Impuls wirkliche Schönheit entstehen zu lassen, noch nicht restlos gelöst. — In dem Lieberabend von Johanna Hilbert machte man die angenehme Bekanntschaft mit einer jungen Singerin, die zwar über keine allzu große und umfangreiche Stimme verfügt, aber als Ersatz ein außerordentlich feines Empfinden mitbringt. Diese Sopranistin besitzt manches, was über kleine technische Mängel, die der Durchbildung noch anhaften, hinwegsehen läßt. Ihrer grundmusikalischen Veranlagung und seelischen Empfindung nach wären die Liebergruppen von Clara Faust und A. Strauß wohl das Beste des Abends. Hugo Kahner beleierte ausgesprochen

nur für seine Mitglieder, sondern auch für die gesamte Öffentlichkeit, ist nicht so allgemein bekannt geworden, da die deutschen Zeitungsverleger ihr Schaffen und Wirken für die Gesamtheit als etwas selbstverständliches zu betrachten gewohnt sind. Voll Zurecht steht der Verein der Zukunft der deutschen Presse trotz aller sie gegenwärtig noch bedrückenden Gefahren entgegen. Wenn ihm der Geist, der seine führenden Männer befeuert, treu bleibt, so kann es an einer glücklichen Zukunft nicht fehlen, heißt es zum Schluß des erwähnten Jubiläumartikels.

Zur Lage in Venezuela.

Aus Caracas wird uns geschrieben: Trotz der politischen Ruhe in Venezuela und ungeachtet der glänzenden Finanzlage des Staates, die sich in dem unerschütterten Hochstand der Landeswährung ausdrückt, erholen Handel und Wandel sich nur langsam von der auf dem „boom“ der Nachkriegszeit folgenden Depression, deren Verschärfung in vorigen Jahre mit der an den Bruder des Staatspräsidenten Gomez verübten Mordtat und den an sie geknüpften Verurteilungen zusammenhängt. Die in letzter Zeit bedeutend gestiegenen Kaffeepreise haben bisher hieran ebensoviele zu ändern vermocht, wie die großen Summen, die der Regierung und vielen Privaten aus dem Verkauf und der Ausbeutung von Petroleumquellen andauernd zufließen; der erhöhte Gewinn aus dem Kaffee kommt doch zunächst und hauptsächlich relativ wenigen Großgrundbesitzern zugute und trägt nur wenig zur Verbesserung der elenden Lage der Landarbeiterbevölkerung bei. Die Einnahmen aus Petroleum bereichern, soweit sie nicht in die Staatskassen fließen, vorwiegend glückliche Terrainpekulationen und ihre Adolanten; die erst in ihren Anfängen befindliche Ausbeutung der Petroleumfelder beschränkt sich vorläufig noch auf die Gegend um Maracaibo, wo die wirtschaftliche Lage schon an sich günstiger als in Mittelvenezuela ist.

Auch hier freilich, speziell in Caracas, fehlt es nicht an Symptomen, die gegen unsere Behauptung von der wirtschaftlichen Lage aus dem Vereinigten Staaten, und zwar gerade von Luxusautomobilen, nimmt beständig zu, obgleich die Hauptstadt mit ihren kaum 100 000 Einwohnern bereits an 2000 Autos zählt. — Die Bautätigkeit in Caracas ist zurzeit überaus reger, namentlich in der inneren Stadt, wo immer mehr Wohnungen in Geschäftshäuser umgewandelt werden. Aber, wenn gleichzeitig der Importhandel über mangelhaften Absatz von Massenartikeln nach dem Innern klagt und von dort trübe Nachrichten über Verzögerung und Entwässerung weiter kommen, so müssen tiefere Gründe für jene Handelsstagnation und diesen Niedergang vorliegen. Vor allem wird gerade die untere Volksschicht durch die allzu fiskalische Finanzpolitik der Regierung schwer belastet. Sodann haben unweitere Maßnahmen der Zentralbehörden den Absatz des Viehs nach der Küste erschwert, so daß die englische Gefrierfleisch-Gesellschaft in Puerto Cabello, die nach dem Aufhören des Viehsports nach Kuba und anderen Antillen die beste Absatzmöglichkeit bot, ihren Betrieb hat einstellen müssen. Auch die Verwertung des Viehs in Caracas und anderen Städten wird durch monopolistische Ausübung der Schlachtgerechtigkeit erschwert.

Unter der energischen Leitung eines so praktischen und umsichtigen Staatsoberhauptes, wie General Gomez, es ist, hat sich die Regierung den Klagen über diese Verhältnisse nicht verschlossen. Gegen Belastung und Erschwerung des Viehsverkehrs sind Ende vorigen Jahres scharfe Verordnungen des Präsidenten ergangen.

In einer prinzipiellen Änderung der fiskalistischen Finanzpolitik ist wohl aber nicht zu denken, da die dank derselben erzielten Erfolge, wie Verringerung der Staatsschuld und Ansammlung bedeutender Reserven des Staatsschatzes, als Ausgleichsmittel für Notjahre, einen Ruhmesstempel der gegenwärtigen Regierung bilden. Wohl aber darf, nachdem jene Reserven die von General Gomez als externer Bestand betrachtete Summe von 50 Millionen Bolivares um 10 Millionen überschritten haben, mit der Wiederaufnahme öffentlicher Arbeiten in größerem Umfang gerechnet werden. Venezuela ist neben dem naturgemäß langsamen und stückweisen Ausbau der großen Landstraße, die ganz Venezuela vom unteren Orinoco bis zur kolumbianischen Grenze durchziehen soll, und neben der Fortführung der vor einigen Jahren begonnenen Kanalisation der Hauptstadt ein neues Werk in Angriff genommen. Es ist dies die Umwandlung der erste unter Gomez gebauten Chaussee von Caracas nach La Guaira in eine betonierte Automobilstraße unter Abführung scharfer Kurven, Vermeidung überflüssiger Steigungen und Verkürzung der Strecke von 36 auf 28 Kilometer. Auch die Verankerung des Mittelstüdes der erwähnten Transversalstraße der Strecke von Caracas nach Valencia, vorläufig bis Maracaibo (107 Kilometer), dem Lieblingsaufenthalts des Präsidenten, soll geplant sein.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamt für Mittwoch, den 7. Mai auf das 1,15 billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,14 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 0,9 v. H. zu verzeichnen.

Fürst Bülow übernimmt kein Amt mehr. Nach den römischen Wählern wird in der Umgebung des Fürsten Bülow berichtet, daß der Fürst nicht mehr ins aktive politische Leben zurückzukehren wünsche, zumal die heutige schwierige und verwickelte Lage Deutschlands Kampfsituationen erfordere.

Sozialdemokratischer Parteitag. Der sozialdem. Parteivorstand hat laut „Vorwärts“, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses, beschloffen, den Parteitag auf den 11. Juni nach Berlin einzuberufen.

Der 1. Mai und der 9. November in Preußen. Die Deutschnationalen haben im preussischen Landtag einen Antrag auf Aufhebung der Gesehe eingebracht, durch welche der 1. Mai und der 9. November zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden.

Der Rücktritt Kahr's. Zu dem Gerücht, daß die bayerische Staatsregierung auch an den Regierungspräsidenten von Coburgern, Herrn v. Kahr ein Schreiben gerichtet habe, das ihm das Rücktrittsgesuch nahelegt, erklärt die „Bayer. Staatszeitung“, daß von einem Schreiben der Staatsregierung an Herrn v. Kahr nichts bekannt sei. Das amtliche Blatt bestätigt also mit seinem Dementi, das das Schwergewicht auf das Schreiben legt, daß auch Herrn v. Kahr der Rücktritt nahegelegt worden ist.

Ausschluß aus dem bayerischen Presseverband. Der Hauptgeschäftsführer der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Gerlach, ist aus dem Landesverband der bayerischen Presse ausgeschlossen worden. Nach einer Blättermeldung ist der Grund des Ausschlusses seine Haltung gegen den Entwurf des Journalistengesetzes.

Beschlagnahme der Süddeutschen Arbeiterzeitung. Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ ist in Stuttgart wegen Abdruck eines Artikels des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale beschlaggenommen worden. In dem Auftrug wird Propaganda für den Bürgerkrieg gemacht.

Die Wahlen zum Anhaltischen Landtag wurden auf den 22. Juni festgelegt. Der Landtag beschloß die Zulassung von Listewahlverbindungen.

Die Regierungskräfte in Mecklenburg. Nachdem am Donnerstag Frhr. v. Brandenstein und die beiden anderen wiedergewählten Minister sich bereit erklärt haben, ihre Ämter wieder zu übernehmen, wurden im mecklenburgischen Landtag am Donnerstag zuerst von den Deutsch-Völkischen, dann von den Sozialdemokraten und schließlich von den Kommunisten Mißtrauensanträge eingebracht die jedoch keine Mehrheit fanden. Die wiedergewählten Minister haben darauf ihre Ämter wieder übernommen.

Der neue englische Botschafter in Köln. Laut „Manchester Guardian“ ist der General Sir John du Cane, der Nachfolger des Generals Godley in Köln. Cane war Verbindungsbeamter mit Hoch, als dieser Oberkommandant der Alliierten war.

Neue Kämpfe am Rif. Die Spanier haben in Marokko eine neue Offensive unternommen, wobei die Rifstämme schwere Verluste erlitten. Die Spanier setzten schwere Artillerie und Flugzeuggeschwader ein. Die Araber zogen sich zurück.

Die amerikanische Einwanderungsbill. Das Repräsentantenhaus hat es, wie aus Washington gemeldet wird, abgelehnt, der Anregung der Präsidenten Coolidge zuzustimmen, daß der Ausschluß der Japaner von der Einwanderung bis zum 1. März 1925 aufgehoben werde.

Unruhen in Albanien. In Albanien sind Unruhen ausgebrochen. Der Führer der albanischen nationalistischen Extremisten soll mit irregulären Truppen die Stadt Kruma genommen haben. Aus Belgrad wird jedoch gemeldet, daß die Regierungstruppen in Tirana und Umgebung die Ordnung wieder hergestellt hätten.

Badischer Teil

Aufhebung der sogenannten Pfälzzentrale in Heidelberg

Das Ministerium des Innern teilt mit: In Heidelberg wurde seit einiger Zeit von privater Seite eine Haupthilfsstelle für die Pfalz unterhalten, die fälschlicher Weise mit der ehemals in Mannheim bestanden Pfälzzentrale identifiziert wird. Diese Haupthilfsstelle beschäftigte sich mit der Unterstützung von in Not geratenen Pfälzern und hielt auch mit bestimmten Kreisen in der Pfalz enge Fühlung.

In der Note Frankreichs, Englands und Belgiens über Geheimverbände im besetzten Gebiet, die in jüngster Zeit der Reichsregierung zugefickt wurde, wird besonders auf die Tätigkeit einer sogenannten „Treuhand“-Unternehmung in Heidelberg und Mannheim hingewiesen. Außerdem wurde in letzter Zeit in der französischen Presse auf gewisse Vorgänge in Heidelberg abgehoben und dabei „Treuhand“ und Haupthilfsstelle in Zusammenhang gebracht.

In Verfolg der von der Reichsregierung an die Badische Regierung wegen des Inhalts der erwähnten Note zugeleiteten Anfragen wurde die Polizeibehörde angewiesen, der Tätigkeit der Haupthilfsstelle besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei wurde zunächst festgestellt, daß für die von interalliiertem Seite aufgestellten Behauptungen eine tatsächliche Grundlage fehlt. Die Haupthilfsstelle für die Pfalz hat aber ihre Aufgaben in einer Weise aufgefaßt, die zu sehr bedenklichen Unzuträglichkeiten und Ordnungswidrigkeiten führte, indem vielfach Personen, die der Unterstützung nicht würdig waren, mit Geld versehen wurden, welches sie dann zu Ausschweifungen und Exzessen verwendeten. Eingegangen mußte die Polizei in Heidelberg wiederholt einschreiten. Nach der Art des unterstützten Personenkreises liegt es nahe, daß immer wieder die Meinung auftauchen konnte, diese Haupthilfsstelle besaße sich auch mit Dingen, die von der territorial verantwortlichen und hoheitsberechtigten Badischen Regierung im deutschen Interesse nicht übergehen werden dürften. Um die Quelle dieser immer wieder auftauchenden Gerüchten ein für allemal zu verstopfen, wurde deshalb die Schließung der Haupthilfsstelle veranlaßt.

Der Badische Landtag

wird kommenden Donnerstag, den 16. Mai wieder zusammen treten. Der Staatspräsident und Finanzminister Dr. Köhler wird dem Landtag den neuen Staatshaushalt vorlegen.

Die Tagesordnung ist folgende:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann: Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über

1. das Budgetgesetz über die Regelung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1922 und 1923;

2. den IV. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1922 und 1923;

3. das Verzeichnis der in der Zeit zwischen der letzten Sitzung des Landtags 1922/23 (20. Juli) und dem Zusammentritt des Landtags am 20. März 1924 erteilten Administrativdekrete;

4. das Budgetgesetz über die Änderung des Fleischsteuergesetzes vom 29. April 1880 und damit in Verbindung die Anträge der Abgeordneten a) Kläber u. Gen. die Schlachtsteuer für Haus- schlachtungen betr. (nicht gedr. Antrag: O. 27), b) Schill u. Gen., Änderung des Fleischsteuergesetzes betr. — Initiativantrag.

Eine kommunistische Anfrage

Die kommunistische Fraktion des badischen Landtags hat folgende förmliche Anfrage gestellt:

1. Die Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ hat verschiedentlich Übergriffe der badischen Polizei kritisiert. Daraufhin hat der Minister des Innern mit einem Verbot der Zeitung gedroht. Ist der Minister bereit, die Ursachen dieser Drohung bekannt zu geben?

2. Ist der Regierung bekannt, daß den politischen Untersuchungsangehörigen in den badischen Gefängnissen das Lesen der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ verboten ist? Was gedenkt die Regierung zu tun, damit das Verbot sofort aufgehoben wird?

Erzbischof Dr. Fritz in Karlsruhe

S. Erz. der Herr Erzbischof Dr. Karl Fritz traf aus Freiburg am Donnerstag nachmittag in Karlsruhe ein um dem badischen Staatspräsidenten seinen Besuch abzustatten. Aus Anlaß der Anwesenheit des Erzbischofs fand am Donnerstag abend beim Staatspräsidenten ein Essen statt, an dem das gesamte Staatsministerium, die Spitzen der Behörden, als Vertreter der evangelisch-protestantischen Landeskirche Kirchenpräsident Dr. Muchow und Geh. Oberkirchenrat D. Mayer, und als Vertreter der Israeliten der Vorsitzende des Oberrats der Israeliten, Dr. Stein, teilnahmen. Freitag vormittag ist Erzbischof Dr. Fritz wieder von hier abgereist.

Eröffnung des Stuttgarter Rundfunksenders

Die feierliche Eröffnung des Stuttgarter Rundfunksenders findet am Sonntag, den 11. Mai, vormittags 11 Uhr, vor geladenen Gästen statt, denen die Darbietungen im Neuen Schloß und im Königsbauhofspieltheater vorgeführt werden. Der regelmäßige Sendebetrieb der Süddeutschen Rundfunk A.-G., beginnt am Montag, den 12. Mai. Es wird zunächst von 4.30 bis 6.00 nachmittags von 8.30 bis 9.30 und von 9.45 bis 11.15 gesendet werden. Sendehöhe: 437 Meter.

4. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizei-beamte

Für den vom 19. Mai bis 7. Juni auf der Polizeischule in Karlsruhe vorgesehenen IV. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizeibeamte sind bis jetzt 28 Teilnehmer angemeldet.

Aus d. Tagung der kath. Kirchensteuervertretung

Berichtet die „Freib. Tagespost“ weiter: In Position 1 wurden die für die Erzbischöfliche Stiftungsverwaltung Freiburg angeforderten 8500 Mark debattellos bewilligt.

Als Aufwand für den katholischen Oberstiftungsrat (Pos. 2) sind 55 000 Mark eingestellt. — Kanzleibirektor Monf. Dr. Sester gibt Aufklärung über den Abbau bei dieser gemischt kirchlich-staatlichen Behörde. Eine im Ausschuss empfohlene Resolution, in der die Kirchensteuervertretung die Kirchenbehörde ersucht, bei der Badischen Regierung dahin zu wirken, daß nach der in Aussicht genommenen Zusammenlegung des katholischen Oberstiftungsrats mit der Erzbischöflichen Kanzlei in Freiburg die gesamten persönlichen und sachlichen Kosten der kirchlichen Vermögensverwaltung vom Staat übernommen werden, wurde einstimmig angenommen. In der Begründung heißt es, daß der Personalabbau anlässlich dieser Organisationsänderung in einem solchen Umfang vorgenommen werden kann, daß dem Badischen Staat durch die Übernahme der bezeichneten Gesamtkosten keine höheren Lasten entstehen, als die, welche er früher zu tragen hatte. Kaiserat Dr. Schmidt erklärte als Vertreter des Kultusministeriums, daß die Auflösung des Oberstiftungsrats mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbar sei. Die Vereinigung der kirchlichen Vermögensverwaltung mit der Erzbischöflichen Kanzlei in Freiburg bedeute eine wesentliche Ersparnis. Als Vertreter der Staatsregierung könne er die Resolution nicht empfehlen, mache aber auch keine Bedenken dagegen geltend.

Auch zur Position 3, Aufwand für Erzbischöfliche Bauämter (60 000 Mark) lag eine Entschließung des Ausschusses vor, in der die Kirchensteuervertretung die Kirchenbehörde ersucht, mit Rücksicht darauf, daß die Beamten der Erzbischöflichen Bauämter zurzeit bei weitem nicht mehr voll beschäftigt werden können und daß eine Änderung hierin in absehbarer Zeit nicht in Aussicht steht, den unter solchen Verhältnissen unvermeidbaren weitgehenden Abbau in Bälde durchzuführen zu wollen.

Die Resolution und die Position 3 werden einstimmig angenommen. Ebenso erfolgte die Annahme der Position 4: Aufwand von 36 000 Mark für Lehrer der Erzbischöflichen Bildungs- und Erziehungsanstalten und für das Erzbischöfliche Missionarinstitut einstimmig.

Zu Position 5: Bezüge der Pfände-Inhaber (1 652 000 Mark) beantragt der Ausschuss folgende Ergänzung der Erläuterungen: Aus den vorgesehenen Voranschlagsbeträgen sind auch die Sterbemonate und Sterbequartale der Geistlichen zu schöpfen. Es erhalten nach Ablauf des Monats des Ablebens des Geistlichen die Hinterbliebenen der Pfarrverweiser und Kuraten die Geldbezüge noch für einen weiteren Monat und die Hinterbliebenen von aktiven und zurubegesetzten Pfarrern und von ihnen gleichgestellten Geistlichen die Geldbezüge noch für ein weiteres Vierteljahr (Sterbemonat, Sterbequartal).

Berichterstatter Oberpräsident Stamer gibt zum neuen Tarif und dem Ausschuss-Antrag die nötigen Erläuterungen. Der kirchliche Tarif bestimmt die Pfarrbezüge in den ersten zehn Jahren auf 2000 Mark (in Orten mit über 10 000 Einwohnern 2400 Mark) aufsteigend nach je fünf Dienstjahren um 200 Mark bis zu 3000 Mark (bzw. 3400 Mark) nach 30 Dienstjahren. — Stadtbekanntmachung Dr. Brettle (Freiburg) dankt namens der Pfarre für die neue Regelung; sie entspreche der bitteren Notwendigkeit, verpflichte aber auch zur Dankbarkeit. — Kanzleibirektor Monf. Dr. Sester: Es sei erfreulich, daß der Klerus den neuen Tarif mit Befriedigung aufnehme. Die Kirchenbehörde hätte gewünscht, die Sätze noch etwas erhöhen zu können. Die Verhältnisse hätten es zurzeit nicht ermöglicht. Sobald die Finanzlage der Kirche es aber gestatte, werden die Sätze aller Kategorien um je 200 Mark erhöht werden.

Die Vertreter Dr. Kopf, Böhrer, Seppert und Dietmeier reichen folgenden Antrag zu den Ordnungsziffern 4—9 ein: Die Kirchenbehörde wird ermächtigt, die beantragten Gehaltsätze der aktiven und pensionierten Geistlichen in jeder Gehaltsstufe bis zu 200 Mark zu erhöhen, falls die Lebensverhältnisse sich noch weiter verteuern und die Erträge der Kirchensteuer dies ermöglichen. Ordnungsziffer 5 wird mit den beiden Anträgen einstimmig angenommen. Pos. 6 fordert 261 000 Mk. an für Bezüge der Pfändeüberweiser und Pfarrkuraten. (In den ersten 10 Dienstjahren 2000 Mk.; steigend um 200 Mk. nach je 5 Jahren; in Orten mit über 10 000 Einwohnern 2400 Mk. bis 2800 Mk. Pos. 7: Bezüge der Vikare, insgesamt 130 000 Mk. (bis zum 5. Dienstjahre 360 Mk., vom 5.—10. 420 Mk., vom 10. ab 480 Mk.). Dazu liegt ein Ausschuss-Antrag vor: „Die Vikare in Orten mit über 10 000 Einwohnern erhalten eine weitere Vergütung von je 120 Mk. jährlich. Der dadurch entstehende Mehraufwand kann aus Ersparnissen bei anderen Positionen gedeckt werden.“ Pos. 8: Bezüge der Ruhegehaltsempfänger 90 600 Mark. Die Bezüge sind nach den aktiven Dienstjahren abge-

Kuft: bis zum 10. Dienstjahr 1600 M., mit mehr als 20 Dienstjahren 2400 M. Hof. 9: Bezüge der Tischstempelempfänger, insgesamt 50 000 M. (nach Dienstjahren abgeteilt von 1248 bis 1344 M.).

Alle 4 Positionen wurden (einschließlich des Antrages zu Hof. 7) ohne Debatte angenommen.

Bei Ord.-Z. 10 beantragt der Ausschuss statt „Ortszulagen der Geistlichen“ zu sehen „Dienstaufwandsentschädigung an Geistliche in besonderen Fällen“. Den Erläuterungen ist der Schlussatz zuzufügen: „Die Stadtbefehle in den Städten Mannheim, Karlsruhe und Freiburg erhalten aus dieser Position eine jährliche Dienstaufwandsentschädigung von je 1000 M.“. Nach längerer Debatte wird die Position mit dem Antrag des Ausschusses genehmigt nach Ablehnung einiger weitergehender Anträge.

Auch die übrigen Ausgabenpositionen wurden gemäß Vorlage bewilligt.

Zur Deckung des Aufwandes in Höhe von 1 607 500 Mark wurde vorgeschlagen, daß für das Jahr 1924 an allgemeiner Kirchensteuer a) von je 1 M. (Papiermark) der für das Jahr 1922 gezahlten Grund- und Gewerbesteuer 0,1 G.-Pf.; b) von je 1 M. (Papiermark) Einkommensteuer für das Jahr 1922 0,05 G.-Pf. zu erheben sind. Auf Anregung des Präsidenten wurde nach eingehender Besprechung des vorgeschlagenen Steuerfußes über diesen und den Vorschlag als ganzes abgestimmt. Die Abstimmung ergab eine einstimmige Annahme der Vorlage.

Kanzleidirektor Dr. Sester schloß die Tagung mit dem Wunsch, daß das katholische Volk sich bereit finden werde, das Steueropfer willig zu bringen, wenn es erkenne, daß die Kirchenbehörde nicht mehr verlangt habe, als was zur Erfüllung ihrer Aufgaben unbedingt notwendig ist.

Die Stellung der Tabakpflanzerschaft zum Tabakmonopol und zur Tabaksteuer.

Der deutsche Tabakbauverband hielt am 3. Mai in der Landwirtschaftskammer Karlsruhe eine Besprechung von Vertretern der Tabakpflanzerschaft in Anwesenheit von Vertretern des badischen Bauernvereins ab, um zu dem durch die Sachverständigenkommission aufgestellten Tabakmonopol- und Tabaksteuerfragen Stellung zu nehmen.

Zur Erzielung höherer Einnahmen aus dem Tabakverbrauch wurde der Reichsregierung von der Sachverständigenkommission bekanntlich die Schaffung eines deutschen Tabakmonopols vorgeschlagen. Die Stellungnahme der Reichsregierung hierzu, sowie auch der Interessenten, ist vorläufig ablehnend; die Reichsregierung beabsichtigt vielmehr, die vermehrten Einnahmen aus Abgaben vom Tabakverbrauch auf steuerlichen Wege herbeizubekommen. Sie wird also ihrerseits Vorschläge darüber machen, wie sie dieses infanziale Ergebnis zu erzielen beabsichtigt. Um einer Schädigung der Interessen der Tabakpflanzerschaft vorzubeugen beschloß die Versammlung, in einer Denkschrift an die Reichsregierung ihre Stellungnahme mitzuteilen und geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag zu bringen. Hierbei soll die Wiedereinführung ausreichender Schutzzölle und die Beibehaltung der Begünstigung des inländischen Tabaks empfohlen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 9. Mai. Die Firma Benz & Cie., Rheinische Gasmotorenfabrik feierte gestern ihr 25jähriges Jubiläum als A.-G. Im Deutschen Museum in München ist noch das erste von Carl Benz gefahrene Automobil zu sehen. Es verhält sich zu den heutigen Erzeugnissen etwa wie die Schiffe, auf denen Kolumbus auszog und Amerika entdeckte, zu den Ozeandampfern von heute. Aber es war der der Benzschen wie der Daimlerschen Konstruktion zugrunde liegende Explosionsmotor, der den Automobilbau zur Aufnahme brachte. 1883 hat Carl Benz mit einigen Mannheimer Kaufleuten unter tätiger Anteilnahme des heute noch bei Benz als Direktor wirkenden Herrn Josef Bredt die Firma gegründet. Die junge Firma hatte anfangs schwer zu kämpfen, denn was sie an den von ihr hergestellten ortsfesten Gasmotoren verdiente, das ging bei der in den Kinderstufen stehenden Automobilherstellung wieder darauf. Man ließ sich jedoch nicht unterliegen. Die bescheidene in T 6 in Mannheim zunächst nur mit 6 Arbeitern schaffende Werkstätte mußte vergrößert werden und siedelte nach Erwerb eines 4000 Quadratmeter großen Grundstückes nach dem Waldhof über. Bald wuchsen die Aufträge weiter, es mußten Nachbarhäuser und neue Grundstücke hinzu erworben werden, so daß schließlich bei der am 8. Mai 1899, also vor genau 25 Jahren durch die Rheinische Kreditbank erfolgten Umgründung der Firma zur Aktiengesellschaft ein Fabrikgelände von 30 000 Quadratmeter zur Verfügung stand. Von

diesem Zeitpunkt ab, der die Gesellschaft auch finanziell fest auf die Füße stellte, ging die Entwicklung in schnellstem Tempo voran. Zunächst durchlief von da ab die äußere Formgestaltung des Automobils rasche Änderungen. Im Geschwindigkeit wuchs auch die Firma Benz selbst weiter. Aus der kleinen Fabrik zur Zeit der Gründung der Aktiengesellschaft vor einem Vierteljahrhundert ging ein Weltunternehmen hervor. Bald nach ihrer Gründung als Aktiengesellschaft erwarb die Firma Benz auf dem Waldhof 315 000 Quadratmeter neues Terrain, auf dem in den Jahren 1908/09 eine nach modernsten Grundsätzen erbaute ausgedehnte Fabrikanlage entstand und 1909 bezogen wurde. Gleich bei Kriegsbeginn war die Gesellschaft eine Kraftquelle für das deutsche Heer; je mehr denn die Flugwaffe in den Vordergrund trat, umso mehr erfolgte ihre Umstellung auf die Herstellung von Flugzeugmotoren und schließlich war ein sehr großer Teil der Fabrikation in den Dienst dieser Spezialerzeugung gestellt. Dazu war die Firma Benz umso mehr berufen, als sie im Jahre 1913 den vom Kaiser gestifteten Preis von 50 000 Mark für den besten deutschen Flugzeugmotor in einem Wettbewerb errungen hatte, zu dem 26 Motoren mit 44 verschiedenen Motortypen gemeldet waren. In der alten stationären Fabrik hatte man sich seit längerem am Bau von U-Bootmotoren eingestellt und während des Krieges vervollkommnete sich die Fabrikation so, daß die Marineverwaltung nicht genug der vollkommenen Motoren geliefert bekommen konnte. Leider wurde der Bau dieser Motoren durch den Versailler Vertrag verboten und das ist der Hauptgrund für den Verkauf der Abteilung stationärer Motoren gewesen. Aus dieser Abteilung „Motorenbau“ ist im Jahre 1922 die selbständige Firma „Motorenwerke Mannheim Aktiengesellschaft“ (vorm. Benz & Cie. stat. Motorenbau, Mannheim) entstanden. Nach dem Kriege erfolgte alsbald wieder eine reibungslose Umstellung auf Friedensproduktion, wozu Materialbestände in genügender Menge vorhanden waren. In der neuen Fabrik werden ausschließlich Personenwagen gebaut, darunter Wagen bis herunter zu 10/30 und 16/50 PS. Im Jahre 1927 wurden die sämtlichen Anteile der „Süddeutschen Automobil G. m. b. H.“ in Gaggenu erworben; 1912 erfolgte deren völlige Angliederung als „Benzwerk Gaggenu“. Diese Fabrik nahm gleichfalls raschen Aufschwung und umfaßt heute ein Terrain von 70 000 Quadratmeter; in ihr werden Nutzwagen, insbesondere auch solche für den kommunalen Dienst, wie Feuerwehrfahrzeuge, Sprengwagen, Gerätemotoren, Sanitätswagen, Personennomobile usw. hergestellt. Die Darstellung wäre nicht vollständig ohne die Erwähnung, daß die Gesellschaft nach dem Kriege auch die Herstellung des Benz-Genßling-Motors aufgegeben hat. Dem aus diesen Angaben zu erlernenden Umfang der Arbeitsstätten — heute 500 000 Quadratmeter Fabrikgelände, wozu 160 000 Quadratmeter überbaut sind — entspricht auch die Zahl der Beschäftigten, die heute über 8000 Arbeiter und Angestellte beträgt. Das Aktienkapital hatte bei der Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft 3 Millionen Mark betragen. Es wurde erhöht wie folgt (in Millionen Mark) auf: 1906 4; 1907 4,35; 1909 8; 1910 12; 1912 16; 1913 22; 1920 33; 1921 68; 1922 100 und 1923 350 Mill. Ein Zufall und wirtschaftliche Entwicklung haben es mit sich gebracht, daß nach 25jährigem Bestehen der Firma als Aktiengesellschaft eine neue Wendung für sie durch die Interessengemeinschaft mit der Firma Daimler eingetreten ist.

Bei den Anträgen auf Erhaltung des Fahrgeldes im Wannenverlede der deutschen Eisenbahnen ist der bisher auf 20 Prozent festgesetzte Verwaltungskostenabzug auf 10 Prozent ermäßigt worden. Der Mindestabzug und der Mindestersatzungsbetrag bleibt mit 0,50 Goldmark bestehen. Der Höchstabzug beträgt 5 Goldmark für die Fahrkarte.

Münzprägungen im April. Im Monat April sind geprägt worden: a) Reichsilbermünzen: 1-Markstücke 1 769 834 M., 2-Markstücke 4 765 550 M., b) Rentenpfennigmünzen: 1-Pfennigstücke 64 792 M., 2-Pfennigstücke 300 046 M., 5-Pfennigstücke 2 060 154 M., 10-Pfennigstücke 3 470 090 M., 50-Pfennigstücke 19 197 933 M.

Marktberichte. Der Großviehmarkt in Freiburg vom 8. Mai war mit 146 Stück Großvieh besetzt, wozu bei flauem Verkehr verkauft wurden: 3 Ochsen zu 4—600 M., pro Stück, 6 Kühe zu 4—500 M., Wurstkühe zu 120—250 M., 8 Kalbinnen zu 4—600 M. und 5 Jungkühe zu 120—150 M. pro Stück. — Der Vieh- und Schweinemarkt in Badolzell vom 7. Mai wies eine Zufuhr von 22 Ochsen, 66 Kühen und 70 Kalbinnen, 70 Jungkühen und 467 Ferkeln auf. Der Handel war mittelfähig bei mittleren Preisen. Verkauft wurde ungefähr die Hälfte der angetriebenen Tiere. Auf dem Schweinemarkt wurde die große Zuhuf bei lebhaftem Handel in kurzer Zeit verkauft. Für Ochsen wurden 3—600 M., Kühe und Kalbinnen je nach Qualität 1—600 M., Jungkühe 80—200 M. pro Stück und für Ferkel 35—50 M. pro Paar erzielt. — Der Fruchtmarkt in Badolzell vom 7. Mai war mit 601 Kilo Weizen, 630 Kilo Gerste, 2445 Kilo Hafer und 3500 Kilo Raps besetzt. Weizen kostete 19, Gerste 18, Hafer 13½—15, Kartoffeln 6—6½ M. pro 100 Kilo. Die ganze Zufuhr wurde verkauft.

Verschiedenes

Selbstmord eines Berliner Bankiers

Der Mitinhaber des seit dem Jahre 1886 bestehenden Berliner Bankhauses Felix Ulrich Rippmann-Bull begann in seinem Büro Selbstmordversuch. Er schoß sich eine Kugel in den Kopf und wurde in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus verbracht. Die Gründe des Selbstmordes werden auf finanzielle Schwierigkeiten zurückgeführt. Die Firma Felix Ulrich Rippmann & Co. hat sich wegen Zahlungsschwierigkeiten unter Geschäftsaufsicht begeben. Wie später verlautet, ist Rippmann-Bull seinen Verletzungen erlegen.

Geschäftliches

Die regelmäßigen Anzeigen für Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen weisen darauf hin, daß dieser Artikel jetzt wieder in vollem Umfang und in der altbekannten Güte zu haben ist. Es erscheint deshalb angebracht, den Hausfrauen die Beachtung der Kochvorschrift in Erinnerung zu bringen. Man nehme bei Bohnenkaffee auf 1 Liter Wasser 12 Gramm (= 4 Kaffeeöffel) gemahlene Kaffee- und 4 Gramm (= 1 schwacher Kaffeeöffel) Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen; bei Malzkaffee, auch Korn- oder Gerstenauffe auf 1 Liter Wasser 20 Gramm (= 5 Kaffeeöffel) gemahlene Malzkaffee und 4 Gramm (= 1 schwacher Kaffeeöffel) Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen. Nach Geschmack kann man auch mehr oder weniger Kaffee-Essen verwenden, nie jedoch zuviel, weil sie sehr ausgiebig ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Mai		9. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 576 600	1 584 400 ¹	1 576 000	1 584 000 ¹
Kopenhagen	718 200	721 800 ²	717 200	720 800 ²
Italien	189 500	190 500 ³	189 500	190 500 ³
London	18 455 000	18 545 000 ¹	18 405 000	18 495 000 ¹
Neuyork	4 190 000	4 210 500 ¹	4 190 000	4 210 500 ¹
Paris	253 400	254 800 ²	255 400	278 200 ^{1,2}
Schwiz	746 100	749 900 ²	747 100	750 900 ²
Brag	124 600	125 400 ^{1,2}	124 600	125 400 ^{1,2}
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200 ^{1,2}	60 800	61 200 ^{1,2}

Die kleine Ziffer bedeutet die Quotierung in Prozent.
Süddeutsches Neu- und Strohpresse. Am 8. Mai kosteten je 100 Kilo Wieschen 9,5—10 M., Klechen 10—11, drahtgepreßtes Stroh 6—6,50 M. Die Preise sind gegenüber den Notierungen am 6. Mai unverändert.

Badisches Landestheater.
Sonntag, 11. Mai. 7—10 Uhr. Sp. I. M. 7.20.
Abonn. E. 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101—6400.
Cavalleria rusticana. Hierauf: Der Bajazzo.

Eintrachtsaal
Mittwoch, den 14. Mai, 8 Uhr
Lieder- und Arien-Abend
der Münchener Koloraturängerin
Klara EBERS
Am Flügel: **Amelie Klose** D.318
Arien von Lotti, Scarlatti, Mozart, Nicolai
Lieder von Brahms, Thullie, Strauß
Karten zu Mark 3.—, 2.— und 1.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstraße 39

Badischer Kunstverein
Waldstraße 3 KARLSRUHE Waldstraße 3
AUSSTELLUNG
im Kunstgewerbesaal der
Möbelfabrik Gebr. Himmelheber n.-G.
Karlsruhe, Kriegsstraße 25
unter Mitwirkung:
Großherzogl. Majolika-Manufaktur Karlsruhe n.-G.
und
Kunstgewerbhaas C. F. Otto Müller
Teppiche
aus der
Karlsruher Fabrik handgeknüpfter Teppiche G. m. b. H.
D.319

Südd. Treuhänderstelle G. m. b. H., Offenburg i. B.
Zweigniederlassung Karlsruhe
Fennru 2439 ————— Karlstraße 27
Übernahme von Treuhänder-Geschäften aller Art:
Rechnungs-Prüfungen, Einrichtung von Buchführungen, Goldbilanzen, Vermögensverwaltungen, Neu-Gründungen, Steuerberatungen usw. D.296

Buchdruckerei und Verlag
G. Braun & Co.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlstraße 14
Karlsruhe
Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von
Werken, Zeitschriften
und Druckfachen
jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung
Wahl- und Klauenstiche betr.
In Oberndorf, Amt Kastatt, ist die Wahl- und Klauenstiche erledigt.
Karlsruhe, den 8. Mai 1924.
Bezirksamt II. D.385 O.B. 55

Verchiedene Bekanntmachungen
Brennholzverkauf.
Aus dem schifferschaftlichen Waldbezirk Schramberg werden am 17. d. Mts., vormittags 9 Uhr beginnend im Gasthaus zum „Friedrichshof“ in Forbach im Wege der öffentlichen Versteigerung ca. 1200 Ster bu. und 300 Ster ta. Scheit und Prügelholz sowie ca. 600 Ster bu. Koblholz in kleineren Losen unter den für die Verkäufe aus staatlichen Waldungen geltenden Bedingungen dem Verkauf ausgesetzt. B.374
Fundamentmauerwerk der 23 m Gelenkdrehseibe für den neuen Lokomotivbahnhof Heidelberg öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen sind bei uns zur Einsicht, Angebotsbordrude gegen Bezahlung der Selbstkosten. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis spätestens 20. Mai, vormittags 10 Uhr, einzureichen. Heidelberg, 10. Mai 1924. B.376 Bauamt (Neues Wasserleitungsgebäude).
Die Bauarbeiten für den Umbau des oberen Portals des Bohmentunnels bei

Rm. 627/8 der Schwarzwaldbahn werden öffentlich vergeben: Mauerwerkabtrag 90 cbm, Felsabtrag 120 cbm, Beton 180 cbm, Gewölbemauerwerk 35 cbm, Quadermauerwerk 5 cbm. Bedingnisheft, Zeichnungen liegen bei uns auf; Angebote werden, soweit Vorzut reicht, gegen Entrichtung der Bestellungskosten abgegeben. Einreichung der Angebote mit Aufschrift „Bohmentunnel“ an uns bis 24. Mai 1924, vormittags 11 Uhr, Öffnung 11½ Uhr vormittags. Zuschlagsfrist 14 Tage. B.383
Willingen, 9. Mai 1924.
Bahninspektion.
Die Bauarbeiten für den Umbau des oberen Portals des Bohmentunnels bei